



Die Kirche will das DJK-Gemeindezentrum in der Oswaldstraße Ende 2022 aufgeben – dann fehlt den Wallstadter Vereinen eine Halle.

BILD: THOMAS RITTELMANN

Ost/Wallstadt: Entscheidung für Bau des Kultur- und Sportzentrums angemahnt / Erste Anträge von Fraktionen im Gemeinderat

Vereine wollen nicht erneut vertröstet werden

Von Peter W. Ragge

„Ich habe extrem Angst, dass das wieder im Sande verläuft“, bekennt Manuela Müller. Die Vorsitzende der Interessengemeinschaft Wallstadter Vereine (IWV) meint damit die Pläne, in Wallstadt ein Kultur- und Sportzentrum zu bauen. Sie hat sich daher jetzt an alle Fraktionen im Gemeinderat gewandt. Im Stadtparlament steht das Thema zwar jetzt erstmals auf der Tagesordnung – mit einer Debatte oder gar Entscheidung ist aber noch nicht zu rechnen.

Im Januar war dem Bezirksbeirat des Stadtteils sowie der Bürgerinitiative erstmals die von einem Architekturbüro im Auftrag der Stadt erstellte Machbarkeitsstudie präsentiert worden. Sie sah vor, das Kultur- und Sportzentrum mit einem Gerätehaus für die Freiwillige Feuerwehr auf der Freifläche östlich des Friedhofs zu erstellen.

Von den Kosten für das Projekt entfallen zwölf Millionen Euro auf die Feuerwehr, 16 Millionen Euro auf das Kultur- und Sportzentrum – zusammen 28 Millionen Euro. Die nötigen Grundstücke hat die Stadt inzwischen auch teils gekauft, teils im Tausch gegen andere, bisher städtische landwirtschaftliche Flächen erworben, so dass das Projekt hier realisiert werden könnte. Beim Beschluss über den Ankauf der mehr als 8000 Quadratmeter Ackerland im zuständigen Gemeinderatsausschuss gab es aber in der Vorlage keine eindeutige Zweckbindung, son-

dern es hieß lediglich, es handle sich um einen „Vorratserwerb“.

Nicht nur das macht Manuela Müller stutzig. Sie und der – mit ihr nicht verwandte – Thomas Müller, Sprecher der Bürgerinitiative, macht skeptisch, dass die Machbarkeitsstudie nach einem Vierteljahr immer noch nicht im Gemeinderat eingebracht und keine offizielle Standortentscheidung gefällt ist. Dann erst aber könne die Detailplanung beginnen, und ab dann dauere es – so die Studie – noch mal viereinhalb Jahre bis zur Fertigstellung von diesem „für den Stadtteil extrem wichtigen Projekt“, so Thomas Müller.

Baukosten steigen

Die Bürgerinitiative wandte sich daher an alle Fraktionen im Gemeinderat mit der Bitte, einen Antrag auf Beratung der Ergebnisse dieser Machbarkeitsstudie zu stellen. „Ziel dieser Beratung sollte sein, dass dort alle notwendigen Entscheidungen zum Start gefällt werden“, so der Brief. „Jeder Monat, in dem diese Entscheidungen früher fallen, erleichtert es uns, die prekäre Raumsituation in Wallstadt zu meistern, und spart zusätzliche Finanzmittel, da laut Studie mit einer jährlichen Preissteigerung von drei Prozent der Baukosten (830 000 Euro) auszugehen ist“, mahnt die Bürgerinitiative die Stadträte.

Die FDP hat gleich reagiert und einen Antrag gestellt, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Das hat die Verwaltung auch gemacht – aber

ohne eine entsprechende Beschlussvorlage. Das bedeutet in der Regel, dass keine Beratung und schon gar kein Beschluss folgen.

Die Wallstadter SPD-Stadträtin Claudia Schöning-Kalender plant nach eigenen Angaben zwar einen Antrag, hat ihn aber noch nicht gestellt. Sie will erst abwarten, wie die Verwaltung auf den FDP-Vorstoß antwortet. „Uns geht es darum, über die Vorstellung des Ist-Zustandes hinaus weitere Umsetzungsschritte zügig auf den Weg zu bringen“, erklärt sie. Sie sei wegen der Realisierungschancen des Projekts „nach wie vor zuversichtlich“, meint Schöning-Kalender: „Es gibt ja aufseiten des Bezirksbeirats und der Parteienvertreter für Wallstadt einen großen Konsens in dieser Sache“, so die Sozialdemokratin, und auch sie setze sich weiter dafür ein.

Das tut ebenso der in seiner Fraktion für Wallstadt zuständige CDU-Stadtrat Alexander Fleck. „Im Hinblick auf die Dringlichkeit des Vorhabens und die zu erwartende Ausführungsdauer sind weitere Verzögerungen weder wünschenswert, noch hinnehmbar“, findet er und hat daher einen konkreten Antrag eingebracht. Darin will er die Verwaltung beauftragen, die in der Machbarkeitsstudie enthaltenen Varianten für den Bau „im Sinne einer Priorisierung fortzuentwickeln“ und noch vor der Sommerpause vorzustellen. Zugleich soll die Stadt prüfen, welche Förderungsmöglichkeiten aus Bundes- und Landesmitteln

im Hinblick auf den Bau der Freiwilligen Feuerwehr bestehen.

„Es ist fünf vor zwölf“, warnt er. „Die DJK wird die jetzige Halle nach bisherigem Sachstand nur bis Ende nächsten Jahres betreiben. Daher heißt es jetzt: Runter von der Bremse und rauf auf’s Gaspedal“, fordert Fleck, denn der Bau in der Oswaldstraße ist renovierungsbedürftig. Die Kirche will sich von ihm trennen. Wenn der Gemeinderat im nächsten Etat keine Investitionen für den Neubau einplane, „ist das Projekt kurz- und mittelfristig wohl nicht zu verwirklichen“, fürchtet er.

Hinweis auf Franklin

Und genau das fürchtet auch Manuela Müller. Sie hätte sich gewünscht, dass „jetzt im Gemeinderat gleich abgestimmt wird, damit es losgehen kann, statt dass man uns wieder weiter vertröstet wie schon seit über 50 Jahren“, kritisiert sie. Die Politik rede immer davon, sie wolle das Ehrenamt honorieren und das Vereinsleben fördern. „Hier könnte sie es jetzt mal tun, aber wenn wir hier bald keine Halle mehr für Training und Veranstaltungen haben, dann geht das, was an Vereinsleben nicht durch Corona kaputt gegangen ist, dann daran kaputt“, ahnt die IWV-Vorsitzende.

Gleichzeitig erhalte aber das neue Wohngebiet Franklin ein – zunächst als Ersatzspielstätte für das Nationaltheater gedachtes – Kulturzentrum. „Das kann doch echt nicht sein“, so Manuela Müller.